

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Möller (AfD):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Brandenburger! Wer die Zukunft Europas im Blick hat, lehnt die Konferenz zur Zukunft Europas und diesen Antrag, den Sie gestellt haben, ab.

(Zuruf)

- Ja, es ist viel falsch an Ihrem Antrag. - Im Einleitungstext spielen Sie sich als Hüter der Subsidiarität auf. Die Regierungsparteien von CDU und SPD haben zumindest auf Bundesebene über Jahrzehnte hinweg bei der gemeinsamen Europapolitik zugelassen, dass eine politische Verzweigung des Landes Brandenburg auf europäischer Ebene erst möglich wurde.

Immer mehr Aufgaben werden auf die europäische Ebene übertragen; das haben Sie so gewollt. Sie wollen Hüter der Subsidiarität sein. Sie schaffen es noch nicht einmal im Bund, die Rechte Brandenburgs in der Coronakrise zu wahren, geschweige denn konnte sich die Bundesregierung gegenüber der EU und den europäischen Partnern durchsetzen. Stichwort: Mängel in der europäischen Impfstoffversorgung.

In Ihrem Feststellungsteil erinnern Sie in Punkt 1 an das, was in der Brüsseler Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente alles Schöne beschlossen wurde. Sie erwähnen nicht, dass es niemanden interessiert hat und es für eine Beteiligung der Länder an der Konferenz zur Zukunft Europas zu spät ist. Die Konferenz zur Zukunft Europas ist eine weitere Selbstbespaßungsinitiative der europäischen Politiker, deren Folgen die Bürger in Deutschland zu tragen haben.

Die Regionen Europas mit ihrem eigenen Willen und ihrer eigenen Identität stören Sie dabei. Sie wollen doch einen europäischen Einheitsstaat und den Status der souveränen Nationalstaaten in Europa überwinden. Daher sind auch andere Punkte im Feststellungsteil schlicht überflüssig.



nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Meine Worte richten sich dabei vor allem an die Regierungsfractionen. Sie stellen in Ihrem Antrag fest, was Sie alles machen wollen - dann machen Sie es doch einfach! Dazu brauchen Sie die Europäische Union nicht. Sie wollen damit Ihre Untätigkeit kaschieren und verweisen auf Lösungen, die nur auf europäischer Ebene möglich sein sollen.

Sie erwähnen explizit die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung. Ja, die ist nicht gut, und die Mängel offenbaren sich besonders in der Coronakrise. Sie wollen, dass die EU hier einschreitet. Was stellen Sie sich eigentlich vor? Sollen wir in Deutschland zum Beispiel auch das Gesundheitswesen in Polen mit deutschen Steuergeldern aufwerten? Das deutsche Gesundheitswesen ist gut, wie Frau Nonnemacher sagte, und wird im Wesentlichen von Millionen Arbeitnehmern in Deutschland kofinanziert.

Im Rahmen meines Ausschussvorsitzes für die deutsche Seite im Gemeinsamen Ausschuss der europäischen Doppelstadt Frankfurt (Oder)/Słubice habe ich mitbekommen, dass Frankfurt (Oder) die polnische Seite, also das Krankenhaus in Słubice, massiv mit Hilfsgütern zur Pandemiebekämpfung unterstützte.

Vizepräsident Galau:

Herr Abgeordneter Möller, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Möller (AfD):

Lassen Sie mich ausreden! - Da ist viel Material von der Stadt Frankfurt (Oder) an die polnische Seite bedarfsgerecht verschenkt worden. Dies war gut - Stichwort: Nachbarschaftshilfe. Ich will das gar nicht schlechtreden, sondern ich finde das gut.

Ich frage aber: Sollen in Zukunft die rund 50 000 EU-Beamten auf Ebene der europäischen Zentralverwaltung eingreifen? Die hat doch schon bei der Impfstoffversorgung versagt!



nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Vizepräsident Galau:

Herr Abgeordneter Möller, lassen Sie nun eine Zwischenfrage zu?

Möller (AfD):

Nein, ich bin noch nicht fertig. - Die Polen müssen laut Subsidiaritätsprinzip selbst dafür sorgen, dass ihr Gesundheitssystem reformiert und auskömmlich bezahlt wird. Nur ein Hinweis: Polen gibt über 2 % seines Bruttoinlandsproduktes für seine Armee aus; wir liegen bei 1,4 %. Polen hat mehr einsatzfähige Kampfpanzer in seiner Armee aufgestellt als die Bundeswehr. Die sollten ihre Prioritäten verändern. Marodes Gesundheitssystem, aber viele Kampfpanzer! Wie passt das zusammen?

(Domres [DIE LINKE]: Gar nicht!)

- Genau. - Aber solche Zustände müssen die Polen selbst in Ordnung bringen, und die Eurokraten aus Brüssel sollten sich da heraushalten.

Vollkommen grotesk wirkt Ihre abschließende Zustimmung zur Auffassung der Europäischen Kommission, die EU-Mittel für die Kohleregion Lausitz nicht mit Bundesmitteln zu verrechnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bejahen Sie nicht die Meinung anderer, sondern kämpfen Sie aktiv gegen die Verrechnung von EU-Mitteln mit Bundesgeldern an. Die Lausitz hat es verdient, Bundesmittel und europäische Fördermittel zu erhalten; eine Verrechnung lehnen wir ab. Unterstützen Sie hierzu unseren Entschließungsantrag.

Wir halten es auch für falsch, diese überflüssige Konferenz zur Zukunft von Europa auch noch zu verlängern. Das einzig Sinnvolle erscheint bei Ihnen am Schluss Ihres Antrages, nämlich die Vermittlung erfolgreicher Großinvestitionen im Land in

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

mehreren Sprachen vorzunehmen. Das kann man unterstützen; dazu brauchen Sie aber die Europäische Union nicht.

Ich wiederhole: Wer die Zukunft Europas im Blick hat, lehnt diesen Antrag so, wie er ist, ab. Und wer die Zukunft der Lausitz im Blick hat, stimmt unserem Entschließungsantrag zu. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Galau:

Lassen Sie jetzt noch eine Zwischenfrage zu, Herr Möller?

Möller (AfD):

Bitte, was?

Vizepräsident Galau:

Ob Sie eine Zwischenfrage zulassen.

Möller (AfD):

Nein.

Vizepräsident Galau:

Gut. - Es gibt trotzdem eine Kurzintervention der Abgeordneten Damus. Bitte schön.



nicht autorisiert - nicht zitierfähig**Möller (AfD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich habe diese Anfrage gestellt. Das ist ja kein Problem; ich kann mich informieren. Es wurde gesendet - und ja, ist doch gut. Ich bin sogar nach Polen übergefahren und habe mir das Krankenhaus angesehen. Da war ein Polnisch sprechender AfDler dabei. Wir haben uns richtig mit denen unterhalten, und es war wirklich eine desolante Situation da drüben.

Das müssen die Polen aber selbst ausbügeln. Sie fordern in Ihrem Antrag, dass dort europäische Beamte eingreifen. Das kann aber nicht sein. Die Polen müssen zur Selbstfindung kommen und müssen selbst erkennen, wo die Probleme sind.

(Zuruf)

- Das kann man nicht mit anhören?

Das hat mit Europafeindlichkeit nichts zu tun. Das ist einfach nur sachliche Politik.

(Zuruf)

- Hören Sie auf!

(Zurufe: Schwachsinn! - Das ist ja nicht auszuhalten!)

Vizepräsident Galau:

Wir fahren in der Redeliste mit dem Beitrag der Abgeordneten Richstein für die CDU-Fraktion fort. Bitte schön.

